



SEEHEIMER KREIS

Wir schützen, was uns schützt

#EuropaistdieAntwort





Wir schützen, was uns schützt

#EuropaistdieAntwort

„Die SPD tritt (...) ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.“

Bereits im Heidelberger Programm von 1925 forderte die SPD vorausschauend die Vereinigten Staaten von Europa. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns schon früh zu Europa bekannt, weil es für Freiheit, Frieden und Offenheit steht. Fünf klare Punkte, mit denen wir für eine starke SPD bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai antreten, unterstreichen dies:

1 Europa der Gerechtigkeit

Wir stehen für ein solidarisches Miteinander. Den Europäischen Pfeiler sozialer Rechte wollen wir durch eine verbindliche **europäische Sozialagenda** mit Leben füllen. Deshalb fordern wir europäische **Mindestlöhne** mit dem Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit, die Schaffung einer europäischen **Rückversicherung nationaler Arbeitslosenversicherungen**, Betriebs- und Personalräte, **gewerkschaftliche Vertretungen** sowie verbindliche Tarifverträge müssen auf europäischer Ebene selbstverständlich werden.

Zum anderen ist aber auch eine **gerechte Steuerpolitik** wichtig. Den Apples, Amazons und Googles dieser Welt dürfen wir es nicht durchgehen lassen, sich **vor Steuern zu drücken**, denn Straßen, Schulen, Kitas und Krankenhäuser werden aus Steuermitteln finanziert. Deshalb unterstützen wir auch das Vorhaben, noch vor der Europawahl die Rechtsgrundlage für eine **europäische Digitalsteuer** zu schaffen. Daneben bedarf es einer konsequenten **Besteuerung von Bankgeschäften** und einer europaweiten **Angleichung der Unternehmenssteuern**.

2 Europa der Sicherheit

Aufgabe der EU ist es, ihre **Bevölkerung nach innen und außen zu schützen**. Der **Schutz der Außengrenzen** ist für uns eine gemeinsame europäische Aufgabe. Europäische und nationale Sicherheitsbehörden müssen besser vernetzt werden und stärker miteinander kooperieren. Eine **europäische Armee** muss das langfristige Ziel sein, ebenso wie eine gemeinsame Beschaffungspolitik. Für die **Exporte von Rüstungsgütern** muss es einen gemeinsamen europäischen Maßstab geben. Angesichts einer drohenden neuen

Aufrüstungsspirale in Europa und weltweit muss Europa eine starke Stimme für Abrüstung, Rüstungskontrolle und partnerschaftliche Lösungen auch mit schwierigen Partnern sein. Wir setzen uns für eine Fortführung der Europäischen Sicherheitsagenda ein und unterstreichen deren Fokus auf **Terrorismusprävention und -bekämpfung, den Schutz vor Cyberkriminalität sowie grenzüberschreitender organisierter Kriminalität**. Beim Thema Daten- und Verbraucherschutz braucht es noch weitere Maßnahmen wie **karstellrechtliche Regulierungen von Digitalkonzernen**, um für mehr **Datensicherheit** zu sorgen.

3 Europa der Zukunft

Einige Regierungen, wie die in Ungarn oder Polen, machen vor allem bei der Jugend Stimmung gegen die EU. Demokratische Freiheiten werden dort seit Jahren mit Füßen getreten. **Die Jugend aber ist Europas Zukunft**. Mittelfristig müssen wir deshalb den **EU-Haushalt stärker an Bedingungen knüpfen**: wer gegen die demokratischen Grundregeln verstößt, muss mit finanziellen Sanktionen rechnen. Die Finanzierung der EU muss in diesem Sinne mit dem **Prinzip der Solidarität** als Grundsatz verbunden werden. Die Maßstäbe Europas, nämlich die Achtung der Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, sind für Europas Jugend grundlegende Werte und müssen dies auch bleiben können. Transparente EU-Strukturen und neue Ideen sind nötig, um junge Menschen weiterhin für Europa zu begeistern. So wollen wir ein **„Europa für Azubis“-Programm** auf den Weg bringen, das jungen Menschen ermöglicht, einen Teil ihrer Berufsausbildung im EU-Ausland zu absolvieren. Die Schaffung von **einheitlichen Europauniversitäten** in allen europäischen Staaten kann eine Ergänzung zum bisherigen Erasmus-Programm darstellen. Durch die Einrichtung eines neu eingerichteten **Jugendbeschäftigungsfonds** wollen wir konsequenter gegen Jugendarbeitslosigkeit vorgehen. Ein **kostenfreies Interrail-Ticket lädt alle 18-Jährigen ein**, Europa noch näher kennenzulernen. Nur so kann Europa weiter zusammen und das Verständnis untereinander wachsen.

4 Europa des Fortschritts

Europa muss der Fortschrittsmotor der Welt sein. Eine **zusammen gedachte Wirtschafts- und Umweltpolitik** wird immer wichtiger. Beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden. Um unseren Wohlstand in Europa für die Zukunft zu sichern, brauchen wir eine ambitionierte und



moderne **europäische Industriepolitik**. Wir bekennen uns klar zur heimischen Grundstoffindustrie und unseren industriellen Wertschöpfungsketten, wollen aber auch als Europa eine Vorbildfunktion gegenüber andere Regionen der Erde, in denen der Umweltschutz immer weiter zurückgedrängt wird, übernehmen. Durch **massive Investitionen in Forschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien** wollen wir gemeinsam mit den europäischen Schlüsselindustrien, der Energiebranche sowie der Landwirtschaft den CO₂- und Stickoxid-Ausstoß reduzieren. Nachhaltig wirtschaftende Unternehmen und Industrien müssen wir stärker fördern. Wir brauchen ein **Investitionsprogramm als dauerhaftes Instrument der Europäischen Union**, insbesondere in **Erneuerbare Energien, in den transnationalen Bahn-, Schiffs- und Straßenverkehr sowie in künstliche Intelligenz**. Um starke öffentliche Investitionen der Mitgliedstaaten auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu ermöglichen, sollten flexible Handhabungen im Hinblick auf den Stabilitäts- und Wachstumspakt geschaffen werden. Nur so kann Europa ein Gegengewicht zu den USA und China sein.

5 Europa des Miteinanders

Europa braucht **mehr Demokratie nach innen** und muss **mehr Verantwortung nach außen** übernehmen. Das Europäische Parlament als einziges EU-Organ, das durch die Bürgerinnen und Bürger direkt gewählt wird, muss gegenüber der Kommission und den Regierungen der Mitgliedsstaaten ein **eigenes Initiativrecht** haben. Es muss von europäischer Ebene nicht alles bis ins kleinste Detail geregelt und vorgeben werden. **Mehr Umsetzungsspielräume für die Mitgliedsstaaten** sind oftmals sinnvoller und stärken die Vielfalt der Europäischen Union.

Die 500 Millionen Einwohner der Europäischen Union müssen aber nach außen eine handlungsfähige europäische Gemeinschaft bilden. Wir fordern daher eine **Ausweitung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen** der EU-Mitgliedstaaten. Das Einstimmigkeitsprinzip soll nur noch bei Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zur Anwendung kommen. Unser Ziel dabei ist es, die Europäische Kommission langfristig in eine **europäische Regierung mit klaren Zuständigkeiten und eigener Verantwortung** in Bereichen wie Außenpolitik, Verteidigung, Finanzen, Wirtschaft und Arbeit, etc. weiterzuentwickeln. Es braucht **mehr Engagement bei der Bekämpfung von Fluchtursachen, durch konkrete Maßnahmen, wie dem Klimaschutz, Sanktionierung von Menschenrechtsverletzungen oder verstärkter humanitärer Hilfe** in den betroffenen Ländern. Hierzu streben wir einen **Ständigen Sitz für die EU im UN-Sicherheitsrat** an. Ebenso muss sich **Grundlegendes in der EU-Agrarpolitik ändern**. Künftig muss gelten: Öffentliches

Geld nur noch für öffentliche Leistungen. Der **Ausbau von fairen Freihandelsabkommen mit klaren Regelungen auf sozial- und umweltorientiertem Fundament** ist deshalb richtig und wichtig. Sie sollen Vorbild für eine Reform der Welthandelsordnung sein. Was wir also brauchen, ist eine neue gestaltungsfähige Handelspolitik, die Vertrauen wieder aufbaut, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärkt und Gerechtigkeit durchsetzt.

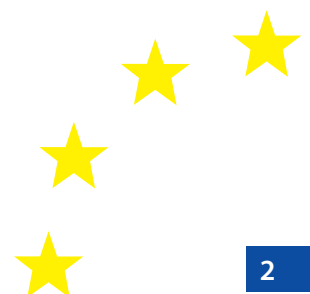
Dafür braucht es mehr Mut

Frieden, Freiheit und Offenheit müssen derzeit Tag für Tag energisch und leidenschaftlich verteidigt werden. Denn Fliehkräfte von ganz rechts und ganz links schlafwandeln zurück in nationale Egoismen, welche diesen Kontinent schon zweimal in den Abgrund geführt haben. Populisten werden salonfähig, Netz- und Straßenpropaganda greifen um sich und die Sprache der gegenseitigen Auseinandersetzung wird immer respektloser.

Heute zeigt uns die Lage Großbritanniens deutlich, wohin Populismus führen kann. Die hierfür politisch Verantwortlichen sind untergetaucht. Sie versprachen einfache Antworten und sind heute der Lüge überführt. In Deutschland reiht sich die sogenannte Alternative für Deutschland in diese Reihe nahtlos ein. Sie will den Ausstieg Deutschlands aus der Europäischen Union. Ihr missfällt das europäische Erfolgsprojekt, welches diesem Kontinent Frieden und Wohlstand gebracht hat. Europa ist und bleibt die Antwort nach der Kapitulation eines exzessiven Nationalismus. An dieser Erkenntnis hat sich überhaupt nichts geändert.

Wir als SPD müssen die Stimme der Vernunft sein, wollen aber auch nichts schönreden! Ja, nicht alles in der EU läuft rund und so manche Kritik ist berechtigt. Um das europäische Projekt zu bewahren, dürfen wir nicht auf der Stelle treten, sondern mutig die nötigen Reformen angehen. Wer Europa eine gute Zukunft sichern will, muss die Europäische Union weiter stärken.

Es ist an der Sozialdemokratie, der EU ein soziales Gesicht zu geben.





**SEEHEIMER KREIS
in der SPD-Bundestagsfraktion**

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227-70035
Fax: 030 227-70043
E-Mail: seeheimer.kreis@bundestag.de

www.seeheimer-kreis.de
www.facebook.com/Seeheimer.Kreis
Twitter: @seeheimer
Instagram: seeheimerkreis

